



Newsletter *Arbeit, Wirtschaft und Häfen*, Ausgabe 16, 25.06.2010

9 Millionen Euro für Bremer Fachkräfteinitiative

Gesetz zur Änderung der Ladenschlusszeiten – Verlängerung beschlossen

Bilanz des Ausbildungspaktes im Lande Bremen

Blexer Bogen bester Standort für Offshore-Terminal

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor der parlamentarischen Sommerpause möchten wir Sie noch einmal über aktuelle Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik informieren.

Für die Fortsetzung der Fachkräfteinitiative hat die Deputation für Arbeit Mitte Juni neun Millionen Euro aus ESF-Mitteln bereit gestellt. Im Rahmen der Fachkräfteinitiative werden arbeitslose Menschen und Beschäftigte für Zukunftsfelder des Arbeitsmarktes fit gemacht. In der Bürgerschaft wurde die Bilanz des Ausbildungspaktes debattiert und die Änderung des Ladenschlussgesetzes beschlossen.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit und gute Erholung, sofern Sie Urlaub haben.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

9 Millionen Euro für Bremer Fachkräfteinitiative

Die Arbeitsdeputation hat in ihrer Sitzung am 11. Juni 9 Millionen Euro für die Bremer Fachkräfteinitiative 2011 bis 2013/214 bewilligt. Dazu erklärt Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen: „Wir richten die Fachkräfteinitiative zielgenau auf die vorhandenen Stärken und Arbeitsplatzpotenziale des Standortes aus. Uns Grünen war wichtig, dass wir die Menschen für zukunftsfähige Branchen in

Bremen und Bremerhaven qualifizieren. Die Windkraft und die Maritime Wirtschaft entwickeln sich ebenso zum Jobmotor wie der Gesundheitsbereich. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei Frauen, MigrantInnen und älteren Beschäftigten. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels muss ihr Potenzial wesentlich stärker genutzt werden.“

Ziel der Fachkräfteinitiative ist die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen sowie die berufliche Qualifizierung von arbeitslosen Frauen und Männern. Das Förderprogramm wird neu ausgerichtet. Die Inhalte reichen von der Qualifizierung im Bereich der Windenergie über Erziehung und Gesundheitspflege bis zur Logistik und Lebensmittelwirtschaft. Die Fachkräfteinitiative soll insbesondere Frauen, MigrantInnen und ältere Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeitsplätze zu sichern bzw. durch Weiterqualifizierung die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Nach dem Deputationsbeschluss erfolgt nun der Wettbewerbsaufruf für die konkreten Projekte.

Gesetz zur Änderung der Ladenschlusszeiten – Verlängerung beschlossen

Vor etwa einem Jahr wurde das Bremische Ladenschlussgesetz geändert. Die Änderungen bezogen sich vor allem auf den Bereich der Sonntagsöffnungen. Dort wurden Lockerungen eingeführt, um Einkaufszentren wie das Mediterraneo, die in einem Tourismusgebiet liegen, die Öffnung an 20 Sonntagen im Jahr zu ermöglichen. „Wir haben damals akzeptiert, dass das touristische Interesse von vielen Menschen sich nicht im Besuch von Klimahaus, Auswandererhaus und Zoo am Meer erschöpft, sondern dass viele Menschen in dem Zusammenhang auch einkaufen gehen wollen. Für uns war es dabei aber wichtig, dass die Beschäftigten vernünftig entlohnt werden“, erklärt Silvia Schön. Das Gesetz war daher bis Ende September befristet worden. „Gerade im Einzelhandel arbeiten viele Menschen auf niedrigstem Lohnniveau, darunter viele Frauen. Vor diesem Hintergrund haben wir die Einzelhändler aufgefordert, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem ortsüblichen Tarifvertrag zu bezahlen“, betont Silvia Schön.

Da die Beschäftigten im Mediterraneo nach Kenntnis der Grünen derzeit nicht schlechter bezahlt werden als im übrigen Einzelhandel, stand einer Verlängerung des Gesetzes erst einmal nichts im Wege. Allerdings hält Silvia Schön die Bedingungen noch für verbesserungsfähig. Das erklärte Ziel ist nach wie vor die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der einschlägigen Einzelhandelsstarifverträge – und das soll möglichst bis zum Ende der erneuten Befristung (31. März 2012) erreicht sein. Wir werden auch über diesen Zeitpunkt hinweg an einer Befristung festhalten, um den Druck für tariflich entlohnte Beschäftigung hochzuhalten.

Zum Gesetzesentwurf: http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-17-1308_f60.pdf

Bilanz des Ausbildungspaktes im Lande Bremen

Um dem Ausbildungsplatzmangel im Land Bremen entgegenzuwirken, gründeten Unternehmen, Kammern und die Senatorin für Bildung und Wissenschaft am 30. Juni

www.gruene-fraktion-bremen.de

2004 den Bremer Ausbildungspakt. Aufgrund einer Großen Anfrage der CDU waren die Ergebnisse der „Bremer Vereinbarungen“ für den Berichtszeitraum 2008/2009 erneut Gegenstand der Bürgerschaftssitzung. Bereits im November 2009 hatten die Grünen die Ausbildungssituation mit einer Großen Anfrage zum Thema gemacht. Silvia Schön nahm die Gelegenheit wahr, noch einmal zu betonen, welche zentralen Herausforderungen für die Grünen im Vordergrund stehen: „Wir brauchen deutlich mehr Ausbildungsplätze, insbesondere vor dem Hintergrund der doppelten Abiturjahrgänge, die uns erwarten. Wir haben mit dem Stichtag 30.09.09 knapp 350 eingetragene Auszubildende weniger als im Vorjahr (insgesamt gut 5900). Gleichzeitig soll die Anzahl der Ausbildungsplatzsuchenden im gleichen Zeitraum um 1270 Menschen abgenommen haben, obwohl die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger um 1400 zugenommen hat. Für mich ist es ein Rätsel, wo diese Jugendlichen geblieben sind. Wir müssen wissen, ob diese jungen Menschen eine Perspektive gefunden haben, die sich nur unserer Statistik entzieht, oder ob diese Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.“

In diesem Zusammenhang weist Silvia Schön darauf hin, dass offensichtlich unklar ist, ob überhaupt alle jugendlichen SchulabgängerInnen in der Statistik auftauchen. „Es ist zu befürchten, dass diejenigen, die von der BA nicht als ausbildungsfähig eingestuft werden, gar nicht erst als ‚suchend‘ gezählt werden und damit aus der Statistik fallen. Da gibt es von unserer Seite noch Klärungsbedarf.“ Darüber hinaus wollen sich die Grünen verstärkt für AltbewerberInnen und eine Reform des Übergangssystems zwischen Schule und Ausbildung kümmern. Silvia Schön: „Jugendliche, die keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt haben, müssen in den berufsvorbereitenden Maßnahmen deutlich besser auf einen Ausbildungsplatz hin qualifiziert werden als das bisher der Fall war. Es muss klarere Festlegungen auf die Anerkennung von erbrachten Leistungen geben. Und last but not least sollte sich der Ausbildungspakt vermehrt mit dem geschlechtsspezifischen Berufswahlverhalten von jungen Frauen und Männern auseinandersetzen. Obwohl Frauen im Durchschnitt die besseren Schulabschlüsse machen, landen sie zumeist in den klassischen Frauendomänen, die häufig schlecht bezahlt sind.“

Dies hatten Grüne und SPD in einem Antrag gefordert, der von der Bürgerschaft beschlossen wurde.

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/344/344077.antrag_geschlechtertypischem_berufswahlv.pdf

Blexer Bogen bester Standort für Offshore-Terminal

Das Offshore-Terminal für Windkraftanlagen wird voraussichtlich im Blexer Bogen errichtet. Dazu der hafen- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen, Frank Willmann: „Der beste Standort für das Offshore-Terminal hat das Rennen gemacht. Der Standort im Blexer Bogen bringt ökologische und ökonomische Interessen gleichwertig unter einen Hut. Die Luneplate mit ihren Ausgleichsflächen bleibt unberührt. Rast- und Brutgebiete geschützter Vogelarten werden nicht angetastet. Lange und umweltschädliche Schwertransporte entfallen. Kostspielige und langwierige Verlagerungen von Gewerbebetrieben und Forschungseinrichtungen werden vermieden. Auch der Flughafen könnte in Zukunft vom Terminal profitieren, sollte er als Helikopter-Basis für die Wartung der Offshore-Anlagen genutzt werden.“

www.gruene-fraktion-bremen.de

Die Windenergie ist ein entscheidender Motor für die Entwicklung Bremerhavens. Die Offshore-Windkraft ist der zentrale Pfeiler der dringend benötigten Energiewende. Deshalb ist die Entscheidung gut für den Klimaschutz, gut für die Zukunft der Seestadt und gut für die Wirtschaft im Lande Bremen.“

Aktuell: Thema Mindestlohn

In deutschen Betrieben werden offenbar massenhaft die gesetzlichen Mindestlöhne unterlaufen. Dies geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion hervor. Allein im Jahr 2009 wurden demnach in der Bauwirtschaft fast 1500 Bußgeldverfahren gegen Firmen wegen Verstößen gegen den Mindestlohn eingeleitet. Offensichtlich wird aber nicht in allen Branchen gleichermaßen kontrolliert, denn die Angaben beziehen sich hauptsächlich auf die Bauwirtschaft und die Gebäudereinigung. Beate Müller Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der grünen Bundestagsfraktion, geht von einer hohen Dunkelziffer aus.

Die Antwort des Arbeitsministeriums finden Sie im Anhang.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

www.gruene-fraktion-bremen.de